

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 162 (1996)

Heft: 9

Artikel: NATO II

Autor: Kux, Stepahn

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-64398>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

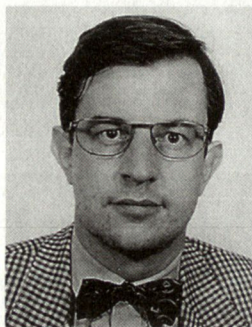
Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NATO II

Stephan Kux

Die Nordatlantische Vertragsorganisation durchläuft turbulente Zeiten. Auf dem Balkan befinden sich NATO-Truppen erstmals seit Gründung des Bündnisses im Ernsteinsatz. In den nächsten Monaten fällt die Entscheidung, wann und mit wem die Erweiterung nach Osten erfolgt. Nach 30 Jahren Abseitsstehen nimmt Frankreich wieder an der militärischen Zusammenarbeit teil. Schliesslich erlauben die USA in Zukunft den europäischen Partnern, eigenständige militärische Aktionen unter Rückgriff auf NATO-Strukturen durchzuführen. Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang. Nach dem Ende des kalten Krieges wurde die NATO mangels Gegner schon vielfach totgesagt. Heute erlebt sie einen dynamischen Aufschwung. Eine neue NATO ist im Entstehen begriffen – mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Architektur Europas und das strategische Umfeld der Schweiz.



Stephan Kux,
PD Dr. phil., Hauptmann,
Europa-Institut an der
Universität Basel,
Gellertstrasse 27, 4052 Basel.

Das Votum Frankreichs

Frankreichs Rückkehr ist ein deutliches Vertrauensvotum in die Zukunft des Militärbündnisses. 1966 hatte Präsident Charles de Gaulle die französischen Streitkräfte aus der integrierten Kommandostruktur herausgelöst. Paris beansprucht seither eine von den USA unabhängige Rolle als nukleare Grossmacht. Seit die Schaffung einer

Die Pragmatisierung und Flexibilisierung der europäischen Sicherheitsstrukturen kommt den schweizerischen Interessen entgegen.

Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1955 am französischen Parlament scheiterte, verfolgt Frankreich das Projekt eines eigenständigen «europäischen Pfeilers». Wie diese viel beschworene Verteidigungsidentität aussehen könnte, blieb umstritten. Mal forderte Frankreich eine gemeinsame Verteidigung im Rahmen der EU. Mal wollte Paris die Westeuropäische Union (WEU) zur kontinentalen Koalitionsarmee ausbauen. Noch anfangs 1996 schlug Premier Alain Juppé die Schaffung einer «europäischen Armee» von rund 300 000 Mann für weltweite Einsätze vor. Präsident Jacques Chirac hat nun die Idee einer eigenständigen europäischen Militärmacht verworfen. Stattdessen soll die Handlungsfähigkeit der Europäer unter dem Dach des atlantischen Bündnisses ausgebaut werden. Frankreich setzt auf die NATO-Karte. Natürlich spielen die Lehren aus dem Balkan-Krieg eine Rolle. Die politische Ohnmacht der EU und die schmachvolle Geiselnahme französischer Soldaten haben deutlich gezeigt, dass Westeuropa trotz gegenteiliger Ambitionen auf die Supermacht USA und den NATO-Militärapparat angewiesen ist. Auch ist Frankreich wie die meisten Nachbarn unter Budgetdruck gezwungen, sein Heer zu halbieren und die *Force de frappe* zu verkleinern. Die Rückkehr in die NATO ist somit nicht nur politisches Bekenntnis, sondern auch Sparmassnahme.

Die Europäisierung der NATO

Bedeutet dies nun das Ende einer eigenständigen militärischen Rolle Europas? Im Gegenteil. In einem historischen Schritt beschlossen die NATO-Verteidigungsminister im vergangenen Juni in Berlin auf Betreiben Frankreichs, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) im Rahmen des Bündnisses zu verwirklichen. Das Konzept der «Alliierten Streitkräftekommandos» (Combined Joint Task Forces – CJTF) erlaubt eigenständige Militäreinsätze der europäischen Partner unter Ausnutzung der NATO-Infrastruktur ohne Beteiligung der USA. Die WEU oder eine Koalition europäischer Staaten darf auf Einrichtungen und Stäbe der NATO zurückgreifen. Washington will sogar seine Satellitenaufklärung, strategischen Fernmeldemittel, Transportkapazitäten und Logistik zur Verfügung stellen, ohne selbst Kampftruppen zu schicken. Der NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR), ein amerikanischer General, tritt zur Seite und überlässt das Kommando seinen europäischen Kollegen. So bleiben die Amerikaner stets im Bilde und können bei riskanten Operationen indirekt mitreden, politische Haftung übernehmen sie nicht. Truppen von Drittstaaten – etwa Polen oder Österreich, die für gemeinsame Friedensmissionen aufgeboten werden, lassen sich problemlos «andocken». Der pragmatische Rückgriff auf NATO-Mittel erlaubt nun entweder der EU oder der WEU, die lange geforderte respektive beanspruchte Eigenverantwortung im Krisenmanagement zu übernehmen. Dadurch werden auch die europäischen Sicherheitsstrukturen aufgewertet. Die EU-re-

Mit dem Verzicht auf die Schaffung paralleler europäischer Militärstrukturen zeichnet sich mittelfristig eine Monopolisierung der europäischen Verteidigung ab.

spektive die WEU-Staaten gewinnen eine zusätzliche Organisationsmöglichkeit für militärische Einsätze und somit operative Handlungsfähigkeit.

IFOR als Testlauf

In Bosnien findet derzeit ein Testlauf für das neue NATO-Konzept statt. Die multinationale IFOR-Truppe wird aus

dem NATO-Hauptquartier in Mons kommandiert. Erstmals unterstehen der NATO Einheiten fremder Staaten. So beteiligen sich etwa finnische, österreichische, russische oder ungarische Soldaten an der internationalen Friedensstruppe. Wenn die USA wie vorgesehen ihre Bodentruppen anfangs 1997 abziehen, könnte das CJTF-Modell erstmals zum Tragen kommen. Denkbar ist, dass mit einem neuen UNO-Mandat die NATO-Mission zur militärischen Sicherung des fragilen Dayton-Abkommens unter französischer oder britischer Führung fortgesetzt wird.

Partizipation ohne Integration

Der geniale Berliner Kompromiss erlaubt auch, die problematische Frage der Erweiterung schrittweise anzugehen. Drittstaaten steht ein breites Spektrum der Zusammenarbeit offen: Von der lockeren Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden über die punktuelle Beteiligung an Friedensmissionen bis zur Vollmitgliedschaft. Auch die bisher neutralen Staaten wie Finnland, Irland, Österreich und Schweden profitieren von der Möglichkeit zur Partizipation ohne Integration. Die Pragmatisierung und Flexibilisierung der europäischen Sicherheitsstrukturen kommt den schweizerischen Interessen entgegen. Die Verwischung der formalen Grenzen zwischen Nicht-Mitgliedschaft und Mitgliedschaft überlässt den Grad der Beteiligung der souveränen Entscheidung jedes einzelnen Staates. Es wird Zeit, dass sich auch die Schweiz mit dem Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden an der neuen Sicherheitsdynamik orientiert.

Die Monopolisierung der europäischen Sicherheit

Ziel des CJTF-Konzepts ist, die bestehenden europäischen Sicherheitsstrukturen EU, WEU und NATO miteinander zu verknüpfen. Mit dem Verzicht auf die Schaffung paralleler europäischer Militärstrukturen zeichnet sich mittelfristig jedoch eine Monopolisierung der europäischen Verteidigung ab. In West- und Mitteleuropa wird eine NATO mit 25 bis 30 Mitgliedern Sicherheit garantieren. Östlich des Bugs entsteht mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ein altes-neues Verteidigungsbündnis. Vorstellungen einer gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit im Rahmen der OSZE oder

einer verteidigungspolitischen Dimension der EU verlieren an Wert. Die WEU wird vielmehr zum Scharnier zwischen der militärisch orientierten NATO und der politisch und wirtschaftlich dominierenden EU abgewertet. Der OSZE kommt allenfalls noch eine Rolle als Dach zwischen NATO und GUS zu. In diesem Gefüge verlieren Neutralität und Allianzfreiheit ihre Bedeutung. Nicht-integrierte

In Bosnien findet derzeit ein Testlauf für das neue NATO-Konzept statt.

Drittstaaten werden sicherheitspolitisch marginalisiert. Die Diskussionen über eine allfällige NATO-Mitgliedschaft in Helsinki, Stockholm und Wien zeigen, dass dort die neuen sicherheitspolitischen Realitäten in Europa bereits wahrgenommen werden.

Tektonische Verschiebungen

Es wird jedoch noch einige Zeit dauern, bis NATO II das Gehen lernt. Die

Berliner Ratstagung bietet noch keine Instantlösung für die neue europäische Sicherheitsarchitektur. Vielmehr wird nur der Rahmen für eine eventuelle Problemlösung skizziert. Deren Realitätsgehalt bleibt noch offen. Es liegt nun an den europäischen Bündnispartnern, den Tatbeweis anzutreten, dass sie der neuen Verantwortung gewachsen sind. Vieles hängt auch von der Bereitschaft der USA ab, sich weiter direkt oder indirekt für die Sicherheit Europas zu engagieren. Berlin könnte den Anfang einer europäisierten NATO, aber auch das Ende der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft bedeuten. Die anstehende Osterweiterung wird nachhaltige Auswirkungen auf Zusammenhalt und Funktionsweise des Bündnisses haben. Schliesslich stehen der NATO innere Reformen und ein umfassender Truppenumbau bevor, deren Ausgang noch ungewiss ist. Sicher ist nur, dass die europäische Sicherheit eine Zeit des tektonischen Umbruchs erlebt. Alte fossile Lagen werden von neuen Gesteinsschichten überlagert, die aber noch brüchig und wenig tragfähig sind. Das schweizerische Alpenmassiv wird davon nicht verschont bleiben. ■

Vereinigung der freiwilligen Organisationen der Miliz weiter gestärkt

Militärdirektoren treten der AWM bei

Die Konferenz der Kantonalen Militärdirektoren hat den Beitritt zur «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM) beschlossen. Die AWM als Vereinigung der freiwilligen Organisationen der Miliz erfährt damit eine weitere Stärkung.

Der AWM gehören mittlerweile 36 Organisationen an, darunter etwa die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG), die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände, das Redressement National (RN), der Schweizerische Schützenverein (SSV), der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) oder der Schweizerische Unteroffiziersverband (SUOV).

Das Verhältnis zwischen der Militärdirektoren-Konferenz und der AWM ist seit langer Zeit durch enge Zusammenarbeit geprägt. Eine entscheidende Annäherung brachte der gemeinsame Sieg vom 10. März 1996, als sich das Schweizer Volk an der Urne im Sinne der beiden Organisationen klar dem Willen von Bundesrat und Parlament widersetzte, die kantonale Mitverantwortung im Militärbereich in Frage zu stellen.

Die «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM), gegründet 1983, ist ein Zusammenschluss von gesamtschweizerisch organisierten, an militärpolitischen Fragestel-

lungen interessierten Organisationen und Verbänden.

Die AWM hat zum Zweck, vor dem Hintergrund tiefgreifender politischer Veränderungen und deren Auswirkungen und Folgen für die Schweiz durch sachliche Information und geeignete Massnahmen die Wehrebereitschaft des Schweizervolkes zu fördern.

Die AWM behält sich vor, zu Fragen nationaler Bedeutung geschlossen ihre Meinung kundzutun. Sie anerkennt dabei die Autonomie der einzelnen Mitglieder.

Das aktuelle Engagement der AWM konzentriert sich in vier Bereichen. Es sind dies die Erhaltung der Milizarmee, die Korrektur der Mängel im Bereich Ausbildung der Armee 95, die Verteidigung der kantonalen Mitverantwortung beim Militär im Rahmen der neuen Aufgabenverteilung Bund/Kantone sowie der Kampf gegen die Exportverhinderungs-Initiative (SP-Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»).

Auskünfte:

Olivier Stähli
Geschäftsstelle AWM
Postfach 14, 3000 Bern 15
Telefon: 01 266 67 67
Telefon: 01 266 67 70 (Wochenende)